



**An die Mitglieder des
Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben
und Dörlau, Heide-Nord, Lettin**

Halle (Saale), 15. November 2022

Sehr geehrte Mitglieder,

herzlich Willkommen zurück zu meinem Newsletter. In der kommenden Woche findet die 15. Sitzungsperiode statt. Es stehen diesmal 29 Tagespunkte auf der Agenda. Hier ein kleiner Einblick:

1. „Die Menschen im Land sofort verlässlich entlasten – staatliche Preiskontrolle auf den Energiemärkten durchsetzen“

Einbringer der Aktuellen Debatte ist die Fraktion DIE LINKE. Grund hierfür ist, dass es trotz Ankündigung verschiedener Entlastungspakete und Preisdeckel für den Gas- und Stromverbrauch noch keine verlässliche und transparente Regelung gibt, wie dies umgesetzt werden soll. Es braucht eine Regulierung des Energiemarktes statt einer völlig dysfunktionalen Marktregulierung mit explodierenden Preisen.

2. „Verstöße und Widerstand gegen die Corona-Maßnahmen jetzt amnestieren“

Die Fraktion der AfD fordert die Landesregierung mit ihrem Antrag auf, ein Amnestiegesetz in den Landtag einzubringen. Außerdem solle das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz alle noch laufenden Straf- und Bußgeldverfahren auflagenfrei einstellen lassen. Die Einschränkungen, welche mit den Eindämmungsverordnungen des Landes einhergingen, seien unverhältnismäßig. Mit einem solchen Amnestiegesetz könnte die Gesellschaft wieder Vertrauen in den Rechtsstaat fassen.

3. „Ausgleich von Mehrarbeit: Einführung eines freiwilligen und flexiblen Arbeitszeitkontos für Lehrkräfte“

Antragsteller sind die Koalitionsfraktionen der CDU, SPD und FDP. Lehrkräfte sollen zukünftig für geleistete Zusatzstunden einen entsprechenden Ausgleich erhalten. Der Ausgleich kann über verschiedene Optionen realisiert werden. Es ist den Lehrkräften freigestellt, ob sie das angesammelte Zeitguthaben zum späteren individuellen Freizeitausgleich oder direkt durch eine flexible Ausgleichszahlung abgelden lassen.

4. „Bildung in Sachsen-Anhalt: Queer und bunt! Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt an unseren Schulen stärken.“

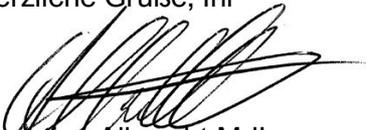
Antragsteller ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gefordert wird grundsätzlich mehr Unterstützung für Betroffene von queerfeindlicher Diskriminierung an Schulen. Im Ministerium für Bildung soll unter anderem eine neue Stelle etabliert werden, in welcher Vorfälle von Diskriminierung, Gewalt und Mobbing an Schulen differenziert nach Kriterien dokumentiert werden. Außerdem sollen entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte bereitgestellt werden.

5. „Rettungsschirm für die Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt – Daseinsvorsorge im Land absichern!“

Antragstellende Fraktion ist DIE LINKE. Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Rettungsschirm in Höhe von 300 Millionen Euro für Krankenhäuser einzurichten, aus welchem die Defizite, resultierend aus den Preissteigerungen, rückwirkend zum 01.07.2022 bereinigt und Insolvenzen vermieden werden sollen. Außerdem solle sich die Landesregierung bei der Bundesregierung für die schnelle Einführung eines neuen kostendeckenden Finanzierungsmodells für den gesamten Bereich der Gesundheitsversorgung einsetzen.

Wie üblich melde ich mich mit den Ergebnissen der Plenarsitzung bei Ihnen. Bis dahin!

Herzliche Grüße, Ihr



Christian Albrecht MdL

Vorsitzender des Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben